



Solidarisch aus der Krise

Sozial-ökologischer
Umbau mit LINKS

DIE LINKE.

Inhalt

Vorwort	3
Sozial-ökologischer Umbau mit LINKS	5
Viel Luft nach oben!	5
Mehr statt weniger Ökologie	7
Klimapolitischer Dreischritt mit antikapitalistischer Orientierung	8
Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Ein linkes Selbstverständnis	11
Städte als Schnittstelle von Klima- und Gesundheitsschutz	12
Ein Auftrag für DIE LINKE	13
Aufgaben für die kommende Wahlperiode	14
Kommunen stärken heißt in Klima- und Gesundheitsschutz investieren	16
Sozialistische Ökologie mit linken Perspektiven für den ländlichen Raum	19
Verkehrswende in Nordrhein-Westfalen	24

Vorwort

Angesichts von Klimakrise und Corona-Pandemie führt am sozial-ökologischen Umbau kein Weg vorbei. Es ist einfach nur ärgerlich, immer wieder erneut hören zu müssen, dass die Ökologie ein grünes Lifestyle-Thema wäre, mit dem DIE LINKE ihre Stammklientel in der Arbeiterklasse verraten würde. Diese Schlussfolgerung ist fatal. Anstatt weniger brauchen wir mehr Ökologie in unserer Partei und es wäre die dringende Aufgabe der LINKEN, den Klassencharakter der ökologischen Frage konsequent herauszuarbeiten. Hierin bestünde auch tatsächlich ein echtes Alleinstellungsmerkmal unserer Partei. Dazu soll diese Broschüre einen Debattenbeitrag leisten, die für uns so wichtigen strategischen Ansätze erläutern und mögliche Impulse für den Dialog bieten.

Antikapitalismus und Klimaschutz gehören notwendig zusammen. Ohne die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise lässt sich der Klimawandel jedoch maximal aufschieben, nicht aber wirksam stoppen. Die globale wechselseitige Konkurrenz der Unternehmen um kurzfristige Profite verlangt immer gigantischere Warenberge, immer kürzere Warenumschlagszeiten, immer höheren Ressourcenverbrauch.

Um das sozial-ökologische Profil der LINKEN zu schärfen, ist ein klimapolitischer Dreischritt mit klarer antikapitalistischer Orientierung notwendig. Er umfasst kurzfristige klimapolitische Sofortmaßnahmen, ein Konzept, die Klimakrisenprofiteure zur Kasse zu bitten, und die langfristige Perspektive auf die Entmachtung der Konzerne und die Abschaffung des Kapitalismus.

DIE LINKE.

Wahlkreisbüro Hubertus Zdebel

Achtermannstraße 19

48143 Münster

Telefon: +49 251 490 9246

E-Mail: hubertus.zdebel@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Hubertus Zdebel

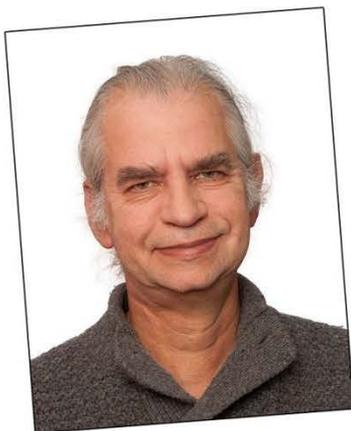
März 2021

In Sachen Klima- und Gesundheitsschutz gilt es kurzfristig insbesondere, das enorme Potenzial sowohl der Städte als auch der ländlichen Räume für den notwendigen sozial-ökologischen Wandel zu nutzen und voranzutreiben. In der vorliegenden Broschüre wollen wir Ansätze aufzeigen, wie lokale und regionale Maßnahmen urbane und ländliche Lebensräume so transformieren können, dass sie die Gesundheit fördern, während sie gleichzeitig die notwendige soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung für die gesamte Bundesrepublik vorantreiben.

In den anstehenden Auseinandersetzungen und Kämpfen ist es insbesondere

die Aufgabe der LINKEN, eine Scharnierfunktion zwischen Arbeits- und Klimakämpfen zu bilden, Proteste miteinander zu verbinden und den Scheinwiderspruch zwischen Arbeitsplatzsicherung und Energiewende endlich aufzuheben.

DIE LINKE könnte und sollte diesen komplexen Problemlagen mit einer antikapitalistischen Vision sozialistischer Ökologie begegnen, die den Menschen einen Ausweg aus dem Einerlei neoliberaler Reformpolitik aufzeigt und sie zugleich zu eigenständigem Handeln und Engagement anregt.



Hubertus Zdebel MdB
Mitglied im Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit



Sascha H. Wagner
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.
im Kreistag Wesel

Sozial-ökologischer Umbau mit LINKS

Hubertus Zdebel

Über die Dringlichkeit des Klimaschutzes brauchen wir nicht zu reden. Sie ist allgemein bekannt. Über das aktuelle Verhältnis unserer Partei zur Umwelt- und Klimapolitik lässt sich hingegen einiges sagen – leider nicht nur Positives. Zwar hat es in der LINKEN schon immer einen ökosozialistischen Flügel gegeben und einzelne Gruppierungen und Akteure leisten seit Jahren eine geduldige und kompetente Sacharbeit in diesem Bereich. Auch im Partei- und in den Wahlprogrammen ist DIE LINKE im Grunde genommen gut aufgestellt in Umweltfragen. Doch auf der operativen Landes- und Bundesebene und in den ersten Reihen unserer Partei fristet das Thema Ökologie nach wie vor ein Nischendasein. Es bleibt oftmals nicht viel mehr als ein Etikett, das wir in der öffentlichen Kommunikation aber nicht mit Leben füllen. In aller Deutlichkeit: Wir nennen uns zwar die Partei des sozial-ökologischen Umbaus, sind aber in der Breite erschreckend wenig sprechfähig in Umweltthemen.

Viel Luft nach oben!

Dieser parteiinterne Zustand ist beschämend angesichts der enorm gewachsenen außerparlamentarischen Klimabewegung, mit u.a. *Fridays for Future*, *Ende Gelände* und *Extinction Rebellion*. Ernsthafte parlamentarische Arbeit in Berlin war und ist für mich nicht Selbstzweck, sondern ich habe unsere Partei – ganz im Sinne Rosa Luxemburgs – stets als parlamentarischen Arm der fortschrittlichen außerparlamentarischen Bewegungen interpretiert. Echte Veränderungen werden schließlich auf der Straße und nicht in Ausschüssen erkämpft. Mit unserem ökologischen Schlingerkurs werden wir als Bewegungspartei aber zu Recht kaum noch ernst genommen.

Bei der letzten Europawahl gaben 48% der Wählerinnen und Wähler an, dass für sie die Klimapolitik das entscheidende Thema gewesen sei, unter den jüngeren Wählerinnen und Wählern ist der Anteil noch deutlich höher. Nach der Sachkompetenz im Bereich Umwelt- und Klimapolitik



befragt, gaben fast die Hälfte der Befragten die Grünen als erste Partei an. DIE LINKE lag gleichauf mit SPD und der marktradikalen FDP bei peinlichen 3-4 Prozent. Die Tendenz ist klar. Kaum ein Mensch bringt DIE LINKE mit ökologischen Themen in Verbindung.

Das ist nicht nur schlecht für unsere Partei, sondern auch für den Klimaschutz. Denn so kompetent die Grünen auch wahrgenommen werden, so inkompetent sind sie in der Bekämpfung der tieferen Ursachen der Klimakrise. Die Grünen sind die Vorzeigepartei des sogenannten grünen Kapitalismus. Sie stehen für eine ökologische Modernisierung und technische

Umrüstung der industriellen Produktion, stellen die herrschenden Eigentumsverhältnisse jedoch nicht grundsätzlich in Frage. Ein bisschen Wachstumskritik streuen sie zwar hier und da ein, machen daraus aber letzten Endes eine Sache des individuellen Lebensstils und des Konsums. Vor direkten Eingriffen in den kapitalistischen Produktionsprozess schrecken die Grünen ebenso zurück wie Union und SPD. Sie alle betrachten das Privateigentum als heilige Kuh. Ohne die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise lässt sich der Klimawandel jedoch maximal aufschieben, nicht aber wirksam stoppen. Die globale wechselseitige Konkur-

renz der Unternehmen um kurzfristige Profite verlangt immer gigantischere Warenberge, immer kürzere Warenumschlagszeiten, immer höheren Ressourcenverbrauch.

Mehr statt weniger Ökologie!

Daher wäre es die dringende Aufgabe der LINKEN, den Klassencharakter der ökologischen Frage konsequent herauszuarbeiten. Hierin bestünde auch tatsächlich ein echtes Alleinstellungsmerkmal unserer Partei. Es ist einfach nur ärgerlich, immer wieder erneut hören zu müssen, dass die Ökologie ein grünes Lifestyle-Thema wäre, mit dem DIE LINKE ihre Stammklientel in der Arbeiterklasse verraten würde. Diese Schlussfolgerung ist fatal. Anstatt weniger brauchen wir mehr Ökologie in unserer Partei. Antikapitalismus und Klimaschutz gehören notwendig zusammen.

Die neoliberalen Parteien sprechen stattdessen gerne davon, dass der Klimaschutz eine ‚gesamtgesellschaftliche Herausforderung‘ sei, eine Aufgabe für ‚uns alle‘. Damit verschleiern sie gewollt oder ungewollt die spezifischen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse. Denn von der Klimakrise sind, wie bei allen anderen Krisen auch, in erster Linie die Ärmsten be-

troffen. Damit sind der globale Süden, aber auch die prekär Beschäftigten, die Arbeitslosen, die alleinerziehenden Mütter und Väter und die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland gemeint. Zugleich profitieren die Reichen und die Konzerne am meisten von der kapitalistischen Ausbeutung der Menschen und der Natur. 100 Konzerne sind für weltweit zwei Drittel der CO₂-Emissionen seit Beginn der Industrialisierung verantwortlich. Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verfügen nicht nur über 90 Prozent des weltweiten Vermögens, sondern auf sie entfallen auch rund 50 Prozent der Emissionen. RWE und Co. haben jahrelang satte Milliardenprofite mit der Verbrennung von Kohle verdient, Bayer-Monsanto kontrolliert mit seinen Patenten und den gigantischen Monokulturen den weltweiten Ernährungssektor, die Autokonzerne haben zugunsten von kurzfristigen Profiten die Entwicklung nachhaltiger Antriebsmodelle über Jahrzehnte verschleppt und nebenbei ja auch noch massiv im Zuge des Dieselskandals manipuliert. Die Bundesregierung winkt diese Schweinereien einfach so durch bzw. unterstützt sie sogar noch.

Wie man angesichts dieser Gemengelage auf die Idee kommen kann,

dass Ökologie kein genuin linkes Thema sei, bleibt ein Rätsel. Es macht einfach keinen Sinn, die IndustriearbeiterInnen gegen die Klimaaktivist:innen auszuspielen, wie es einige in der LINKEN versuchen.

Würde das Verursacherprinzip konsequent gelten, dann müssten wir auch nicht über eine sozial ungerechte CO2-Steuer, wie sie von den Grünen, aber auch Teilen unserer Partei propagiert wird, debattieren. Die Debatte um eine solche Steuer ist ein Musterbeispiel dafür, wie DIE LINKE in ökologischen Fragen orientierungslos den anderen Parteien hinterherläuft und keine eigenen sozialistischen Akzente zu setzen vermag. Als Verbrauchssteuer belastet sie die ärmeren Bevölkerungsschichten überproportional. Ihre Alternative scheint aber zu sein, in Sachen Klimaschutz einfach gar nichts zu unternehmen. Ich hingegen plädiere dafür, dass wir die Angst davor verlieren sollten, direkt in den kapitalistischen Produktionsprozess einzugreifen, und zwar mit dem Ziel, die Verhältnisse sozialer und ökologischer zu gestalten. Wir müssen die Konzerne entmachten und die Produktionsmittel vergesellschaften, damit endlich demokratisch darüber entschieden werden kann, was wir überhaupt wann, wo, wie und in welchem Umfang produzieren wollen. Mit der CO2-Steuer würde lediglich in der Konsumsphäre nachreguliert werden, was in der Produktionssphäre längst verbochen wurde.

Wir müssen den Mut haben, eigene systemsprengende Ideen zu entwi-

ckeln, anstatt ängstlich darauf zu schielen, was die Grünen als nächstes fordern, um dann auf diesen Zug aufzuspringen.

Klimapolitischer Dreischritt mit antikapitalistischer Orientierung

Um das sozial-ökologische Profil der LINKEN zu schärfen, ist ein klimapolitischer Dreischritt mit klarer antikapitalistischer Orientierung notwendig. Er umfasst

- 1.) kurzfristige klimapolitische Sofortmaßnahmen,
- 2.) ein Konzept, die Klimakrisenprofiteure zur Kasse zu bitten und
- 3.) die langfristige Perspektive auf die Entmachtung der Konzerne und die Abschaffung des Kapitalismus.

Da Klimagerechtigkeit ein Querschnittsthema ist, muss sozial-ökologische Transformation in vielen Politik-Ressorts stattfinden. Aus dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit unserer Bundestagsfraktion wird klar: Um den Klimawandelfolgen gerecht zu werden, braucht es eine konsequente Energiewende, eine umfangreiche Mobilitätswende, ein Neudenken der Industrie und der Landwirtschaft. Dabei sind öffentliche Investitionen und Umverteilung durch gerechte Steuern die Schlüssel für eine soziale Umsetzung.

Zu den Sofortmaßnahmen, die wir als LINKE schon lange fordern, aber noch konsequenter nach außen tragen müssen, gehören meines Erachtens u.a.:

- die sofortige Abschaltung der 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke,
- der endgültige Kohleausstieg bis spätestens 2030,
- 100% Erneuerbare Energien bis 2040,
- der massive Ausbau des ÖPNV, der außerdem sobald wie möglich kostenfrei und umlagefinanziert sein muss,
- ein gesetzlich verankertes Fracking-Verbot ohne Ausnahmen,
- ein Baustopp der LNG-Terminals an der Nordseeküste,
- die sofortige Streichung der so genannten Industrierabatte bei den Netzentgelten, der Ökosteuer und im Emissionshandel sowie
- sowie ein Milliardenprogramm für die energetische Gebäudesanierung.

Das alles sind Maßnahmen, die mit etwas Mut in kürzester Zeit angegangen werden könnten. Zur Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus wollen wir die Vermögenssteuer wieder einführen und ernsthaft über eine Klima-Sonderabgabe für die oberen

Zehntausend nachdenken, um dem Verursacherprinzip gerecht zu werden.

Ein konsequenter Klimaschutz kann jedoch nur gelingen, wenn wir die Macht der Konzerne brechen und für eine Demokratisierung der Energieversorgung und darüber hinaus der gesamten Industrieproduktion strei-



ten. Würde tatsächlich einmal demokratisch geplant und entschieden, was produziert werden soll, fielen eine ganze Menge an umweltschädlichen Produkten weg, z.B. Rüstungsgüter und unsinnige Statussymbole. Mit den letzteren müssten sich die Menschen nicht mehr künstlich aufwerten, weil sie in einem demokratischen Sozialismus alle gleichbe-

rechtigt am gesellschaftlichen Leben partizipieren könnten und keine entfremdete Lohnarbeit mehr leisten müssten. Auch würden die dann immer noch nötigen Gebrauchsgüter deutlich haltbarer produziert werden, da niemand mehr auf die wahnsinnige Idee käme, die Produkte zugunsten der Profitmaximierung künstlich schneller kaputt gehen zu lassen.

Wenn man sich anschaut, wie die Bundesregierung den Strukturwandel in den Kohleregionen plant und angeht, dann geht derzeit alles in die entgegengesetzte Richtung. Die Konzerne werden von Union und SPD gepampert. Obwohl sich der Verkauf von Kohlestrom aufgrund der momentan teuren CO₂-Zertifikate im Emissionshandel für RWE und Co. kaum noch rentiert, wurden von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) großzügige Entschädigungszahlungen für die Kraftwerksabschaltungen durchgesetzt. Rechtlich gesehen sind die Milliardenzahlungen in Höhe von 4,35 Milliarden Euro überhaupt nicht notwendig. Sie werden schlicht deshalb bezahlt, weil die Energiekonzerne die Hand aufhalten. Beim Atomausstieg war das nicht anders, übrigens damals unter gütiger Mithilfe der Grünen.

In einem halben Jahr stehen bereits die Bundestagswahlen an. Bis zur nächsten Landtagswahl voraussichtlich im Frühjahr 2022 ist es auch nur noch ein Jahr.

Wir sollten alles dafür tun, die konsequente Verbindung von sozialer und ökologischer Politik zumindest für den NRW-Landesverband zu einer verbindlichen Angelegenheit zu machen. Es kann nicht sein, dass sich der Gewerkschafts- und der Ökoflügel gegenseitig blockieren und damit sowohl den Kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen als auch für Umwelt- und Klimaschutz schaden.

NRW ist Energie- und Industrieland Nr. 1 in Deutschland. Hier wird der größte Anteil an CO₂ innerhalb der Bundesrepublik emittiert. Mit RWE ist hier der größte Klimakiller Europas ansässig. Hinzu kommen kaum weniger berüchtigte Konzerne wie BayerMonsanto, ThyssenKrupp und E.ON.

Wir haben also genügend Möglichkeiten, um uns in NRW als antikapitalistische und zugleich ökologische Alternative zu positionieren, die die soziale Frage und die ökologische Frage nicht als Widerspruch versteht. Wir wollen uns nicht auf die ominöse ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes verlassen, wollen auch nicht denjenigen Kräften die Lösung überlassen, die zu allererst zum Problem geführt haben, sondern die Veränderungen mit den Menschen selbst in die Hand nehmen. Fangen wir endlich gemeinsam damit an!

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

Ein linkes Selbstverständnis

Sascha H. Wagner

Spätestens mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann der weltumspannende Siegeszug einer Idee. Der Idee von einer Gesellschaft, die den Wert menschlichen Denkens und Handelns nach ökonomischen Parametern beurteilt, die Freiheit nach der Fülle von Privateigentum bemisst und die Politik zur Verwalterin dieses Status quo verdammt. Jahrzehntelang waren unsere Produktions- und Lebensweise vom indoktrinierten Versprechen auf Wohlstand für Alle durch Aufopfern der eigenen Ansprüche und unter Ausblendung der Konsequenzen der Ausbeutung von Mensch und Natur geprägt. In dem Glauben, dass es auf allen Ebenen der Gesellschaft immer höher, schneller und weiter gehen muss, löste sich das Individuum in seiner konsum-egoistischen Naivität lediglich immer höher, schneller und weiter von seinen planetaren Wurzeln ab, während Konzerne über die fortschreitende Enteignung unseres Planeten immer größer und mächtiger werden konnten. Die Konsequenzen für Mensch und Natur, die mit dieser Idee von Gesellschaft einhergehen,

durften zwangsläufig keinen Platz im Bewusstsein vieler Menschen finden. Es ist das bleibende Verdienst von Bewegungen wie *Fridays for Future* oder *Ende Gelände*, dass diese Konsequenzen endlich in das Licht der Öffentlichkeit gerückt wurden.

Nichtsdestotrotz befinden wir uns nun mit dem Beginn der 2020er-Jahre in der größten und existenziell bedrohlichsten Krise der Menschheit, und die weltweite Pandemie ist auch noch da. Noch vor einigen Jahren wurde die Klimakrise in weiten Teilen der Gesellschaft und Politik als ein Problem der fernen Zukunft wahrgenommen. Ob aus Selbstschutz vor der Einsicht, dass unbequeme Wahrheiten den auf Konsum getrimmten Lebensstil irritieren könnten oder weil Aufklärung unterbunden und flächendeckende Informationen über Zusammenhänge zurückgehalten werden, war der Klimawandel für viele, wenn überhaupt ein abstraktes Phänomen. Diese Zeiten sind vorbei. Und auch das Sars-CoV-2-Virus zeigt, wie verletzlich und fragil unsere Ge-

sellschaft doch eigentlich ist, wenn ein Mangel an Solidarität bereits nach gut zwei Wochen zu überlasteten Krankenhäusern und damit verbundenen Sterbefällen führt.

Städte als Schnittstelle von Klima- und Gesundheitsschutz

Weltweit sind Städte für knapp 70 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich.¹ Die Gesundheit und die Lebensqualität der Stadtbewohner:innen leidet neben dem Verkehrslärm unter dieser menschengemachten Luftverschmutzung. Die hohe Abgaskonzentration stellt einen maßgeblichen Risikofaktor für viele schwerwiegende Krankheiten der Atemwege oder des Herzkreislaufs dar,² laut neuester Studien auch für schwere Verläufe von Covid-19.³ Wird in den Sommermonaten neben der Luftverschmutzung zusätzlich die Wärme des Sonnenlichts im Beton der städtischen Infrastruktur eingeschlossen, entstehen im Resultat dieser Entwicklungen jene innerstädtischen Hitzeperioden, die in den Jahren zwischen 2015 bis 2020 viele Menschen haben aufhorchen lassen. Die anhaltende Dürre und im Mittel überdurchschnittlich hohen Temperaturen dieser Jahre⁴ haben nicht nur den Förster:innen



und Landwirt:innen, von deren Arbeit wir alle abhängig sind, zu schaffen gemacht. Hierzulande leben fast 75 Prozent der Bevölkerung in Städten.⁵ Der Löwenanteil der deutschen Bevölkerung lebt also an Orten, an denen die Gesundheit der Bewohner:innen bereits heute durch klimatische Veränderungen gefährdet ist. Es waren die Stadtbewohner:innen, die mit den Auswirkungen von hohen Abgaskonzentrationen, gestauter Hitze und nächtlichen Temperaturen mitunter über 30 Grad zu kämpfen hatten. Der Löwenanteil der deutschen Bevölkerung lebt also an Orten, an denen die Gesundheit der Bewohner:innen bereits heute durch klimatische Veränderungen gefährdet ist. Somit kommt es auch nicht von ungefähr, dass Modellrechnun-

gen zufolge die Zahl der Hitzetoten in Deutschland im weltweiten Vergleich weit vorne liegt. Wie einer Studie des Fachjournals *The Lancet* zu entnehmen ist, starben allein im Jahr 2018 20.200 über 65-Jährige hierzulande an den Folgen der Hitze.⁶ Unter Berücksichtigung, dass gegenüber dem Jahr 2004 diese Zahl einer Zunahme von knapp 139 Prozent der Sterbefälle entspricht, müssen wir anerkennen, dass der politische Auftrag zur Bekämpfung der Folgen des menschengemachten Klimawandels längst nicht mehr ohne die Solidarität auch gegenüber unseren eigenen Nachbarn gedacht werden kann.

Ein Auftrag für DIE LINKE

Die hinter uns liegenden Dürrejahre haben zu einem mehrheitlichen Umdenken der Menschen geführt. Die Zeiten, in denen Parteien und staatspolitische Verantwortliche es sich mit halbherzigen Reförmchen und mutlosen Klimapaketen gemütlich machen konnten, ohne dass sie um die Gunst der Wähler:innen hätten bangen müssen, sind vorbei. Außer der AfD leugnet eigentlich kein relevanter politischer Akteur mehr die Dringlichkeit des Klimaschutzes. Der Dissens verläuft woanders: Klimaschutz durch grünen Kapitalismus oder – unsere Position (Öko-)Sozialismus.

Wenn wir uns als LINKE also während der Virus-Pandemie zum solidarischen Schutz jedes einzelnen Menschen der Forderung nach einem #ZeroCovid anschließen, weil uns nichts ferner liegt, als das menschliche Leben zu bepreisen, dann darf uns gleichzeitig nicht ein Klima-Todesfall gleichgültig lassen! Entgegen der herrschenden Politik, die sich lediglich als Verwalterin des Status quo versteht, muss es also in unserem Selbstverständnis liegen, nicht nur gesundheits-, sondern ebenso auch klimapolitisch für den Schutz der menschlichen Gesundheit vor den Konsequenzen der profitgetriebenen Enteignung unseres Planeten zu streiten. Wir müssen in der Klimaoffensive bleiben!

Als eine Partei, die nach mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit in dieser Welt strebt, dürfen wir hierzu jedoch nicht auf Emotionen oder gar die Angst als politisches Mittel der Wahl setzen. Zur Verwirklichung dieses Anspruchs sollten wir vielmehr gemeinsam in außerparlamentarischen Bündnissen, mit den Erkenntnissen der Klimawissenschaft und unserer Kapitalismuskritik im Rücken, Druck auf die Verantwortlichen ausüben. Mehrheiten in den Parlamenten für substanzielle Verbes-

serungen lassen sich nur im Schulter-schluss mit fortschrittlichen außer-parlamentarischen Bewegungen realisieren.

Aufgaben für die kommende Wahlperiode

Wenn wir die Städte als die wohl maßgeblichste Schnittstelle zwischen Klima- und Gesundheitsschutz in Deutschland begreifen, muss es uns aus dieser Überlegung heraus gelingen, das enorme Potenzial der Städte für den notwendigen sozial-ökologischen Wandel zu nutzen und voranzutreiben. Lokale und kommunale Maßnahmen können urbane Lebensräume so transformieren, dass sie die Gesundheit fördern, während sie gleichzeitig die notwendige soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung für die gesamte Bundesrepublik vorantreiben. Umwelt- und Gesundheitseffekte müssen deshalb in die Stadt- und Regionalplanung integriert werden. Maßnahmen wie beispielsweise der Ausbau urbaner grüner Infrastruktur (Parks, Straßenbäume und Dachbegrünung in Verbindung mit entsprechendem Wassermanagement) können Hitzrisiken reduzieren, indem sie kostengünstig ihren Effekt durch Abkühlung der Umgebung und durch Verschattung entfalten. Nicht-motorisierte Mobilität wirkt darüber hinaus nicht nur dem

Klimawandel entgegen, sie senkt auch die Luftverschmutzung und fördert unmittelbar die Gesundheit. Eine konsequent auf Emissionsverringerung ausgerichtete Verkehrspolitik mit fußgängerfreundlichen Straßen, Radwegen und einem nutzerfreundlichen öffentlichen Personennahverkehr ist deshalb zentral für Gesundheit und Klima. Diese und weitere Maßnahmen, an dessen Ende auch die Erreichung der UN-Klimaschutzziele stehen müssen, sind zur Abwendung klimabedingter Gesundheitsschäden von elementarer Bedeutung. Das Wissen um und das Bewusstsein für die Zusammenhänge von Klima- und Gesundheitsschutz nehmen zu. Wir als LINKE sind gut darin beraten, für den Schutz der Menschen zu kämpfen und einen Beitrag zur interdisziplinären und sektorübergreifenden Zusammenarbeit zu leisten. Als demokratisch-sozialistische Partei müssen wir uns an der Bewältigung der größten und existenziell bedrohlichsten Krise der Menschheit mit Hingabe beteiligen. Ansonsten machen wir uns mitschuldig daran, die Idee einer Gesellschaft zu verwalten, die den Wert menschlichen Denkens und Handelns nach ökonomischen Parametern beurteilt, die Freiheit nach der Fülle von Privateigentum bemisst und der menschlichen Gesundheit einen Preis veranschlagt.



Fußnoten

1. The Lancet Countdown on Health and Climate Change. Policy Brief für Deutschland 2020 (Dezember 2020). https://klimagesund.de/wp-content/uploads/2020/12/Lancet-Countdown-Policy-Brief-Germany_DEU.pdf
2. European Lung Foundation & Health & Environment Alliance (2005), Luftverschmutzung und die Lunge. <https://www.europeanlung.org/assets/files/de/publications/outdoor-pollution-de.pdf>
3. European Society of Cardiology (Oktober 2020), Regional and Global Contributions of Air Pollution to Risk of Death from COVID-19 (Nr. 116). <https://doi.org/10.1093/cvr/cvaa288>
4. Umweltbundesamt (23. März 2020), Trends der Lufttemperatur. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/trends-der-lufttemperatur#steigende-durchschnittstemperaturen-weltweit>
5. Statista (20. August 2020), Grad der Urbanisierung in Deutschland bis 2019. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/662560/umfrage/urbanisierung-in-deutschland/>
6. The Lancet (Dezember 2020), The 2020 report of The Lancet Countdown on Health and Climate Change. Responding to Converging Crises (Nr. 397). [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(20\)32290-X](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(20)32290-X)

Kommunen stärken heißt in Klima- und Gesundheitsschutz investieren

Sascha H. Wagner

Die COVID-19-Pandemie stellt Politik und Gesellschaft vor mannigfaltige Herausforderungen. Das gilt vor allem auch für die Kommunen. Diese müssen eine Fülle von Aufgaben und Herausforderungen im Gesundheitsschutz und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik meistern, obwohl sie aufgrund der Auswirkungen der Pandemie unter einem massiven Einbruch der Steuereinnahmen leiden. So gehen die Einnahmen der Kommunen aufgrund der Einführung des Kurzarbeitergelds und dem damit verbundenen Wegfall eines Anteils an der Einkommenssteuer zurück. Zugleich drohen starke Verluste bei der Gewerbesteuer, die den Kommunen als wichtige Einnahmequelle dient.

Spätestens die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass ein sozial-ökologischer Umbau von der Kommune bis zum Bund unabdingbar ist. Ein „Weiter so“ kann es nicht geben. Trotzdem ist noch immer nicht zu erkennen, dass die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD sowie die nordrhein-westfälische Landesregie-



rung von CDU und FDP die Zeichen der Zeit erkannt hätten.

Zwar investiert die etablierte Politik Milliardenbeträge, um soziale und wirtschaftliche Folgen der Pandemie abzuschwächen, verzichtet jedoch auch weiterhin darauf, die ökologische Wirkung von Krediten und Konjunkturprogrammen zu beachten. Eine Reihe von schwerwiegenden Fehlentscheidungen, zu denen es bereits in der Finanzkrise – beispielsweise bei der Abwrackprämie für Autos – gekommen ist, drohen in der Corona-Krise wiederholt zu werden. So werden auch aktuell wieder zunehmend Stimmen laut, bei Klima und Umwelt nach der Corona-Krise noch weniger zu regulieren. Wenn jedoch Konzer-

ne, die nachweislich das Klima am meisten belasten, nun weitere staatliche Hilfen bekommen, die nicht an klare Bedingungen geknüpft sind, können Synergieeffekte zwischen einer Stabilisierung der Kommunen und dem Klima- und Gesundheitsschutz nicht zum Wohl aller Menschen genutzt werden.

Bisher haben die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger die Chance verpasst, die Hebel umzulegen und in sinnvolle Projekte wie etwa regenerative Energien, ökologische und nachhaltige Landwirtschaft usw. zu investieren. Dies ist jedoch unabdingbar, drohen doch ansonsten drastische Folgen für Leben und Gesundheit. Sollte innerhalb der kommenden Wahlperiode den Negativ-Entwicklungen unserer Zeit nur unzureichend entgegengewirkt werden, ist für kommende Generationen ein katastrophales Schicksal zu befürchten.

Um dem entgegenzuwirken, ist eine radikale politische Kehrtwende vonnöten. Investitionen in eine sozial gerechte Energiewende und ökologi-

sche Produktion müssen ausgebaut, die Energiewirtschaft demokratisiert, kommunalisiert und vergesellschaftet werden. Umweltschädliche Subventionen müssen beendet werden. Mittlerweile stehen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen jedoch finanziell mit dem Rücken zur Wand. Durch Erhöhungen kommunaler Gebühren und Abgaben droht die Corona-Krise vor allem diejenigen hart zu treffen, die es sich nicht leisten können. Gerade Grundsteuern und Gebühren treffen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen besonders. Gleichzeitig sind diese Menschen aber auch vermehrt von Kürzungen in Kommunen betroffen. Die Landesregierung steht daher in der Pflicht, ein Abwälzen der Kosten der Corona-Pandemie auf die Kommunen zu verhindern. Solange die Kommunen in der Krise nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben angemessen zu finanzieren, ist es sinnlos, auf schuldenfreie Haushalte zu drängen. Daher muss die Schuldenbremse, die dringend erforderliche Investitionen verhindert, abgeschafft werden, um die Folgen der Corona-Krise abzumildern. Um die Kommunen zu stärken, die schlichtweg mehr finanzielle Mittel benötigen, müssen die Kosten der Krise über eine Vermögensabgabe für Reiche und Superreiche finanziert werden. Bis dahin brauchen die Kommunen Entlastung von Seiten des Landes. Schließlich droht der bereits zu beobachtende massive Einbruch kommunaler Inves-

titionen, der sich auch auf die Binnen- nachfrage auswirken wird, schon jetzt die Kommunen als verlässliche Auftraggeber gesamtwirtschaftlich weg- brechen zu lassen.

Um die Kommunen stark zu machen, setzt sich DIE LINKE für die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) ein, um die Kommunen bei Re- kommunalisierungsvorhaben etwa im Gesundheitsbereich zu beraten und zu unterstützen. Der Bund muss den Kommunen zinslose Darlehen zur Ver- fügung stellen, um die Folgen der Pan- demie meistern zu können und dafür Sorge zu tragen, dass verschuldete Kommunen sich durch die Pandemie nicht weiter verschulden. Notwendig ist ein Altschuldenfonds, durch den der Bund Zins- und Tilgungsverpflich- tungen überschuldeter Kommunen übernimmt.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE ein kräftiges Investitionsprogramm in Deutschland und in Europa, mit dem die Infrastruktur verbessert, der so- ziale Zusammenhalt gestärkt und der sozial-ökologische Umbau vorange- trieben werden soll. Konkret bedeutet das Investitionen in die Energiewen- de, Speichertechnik, nachhaltige Mo- bilität und ökologisches Bauen. Wenn diese Investitionen an die Bedingung geknüpft werden, dass sich die Un- ternehmen an die Tarifbindung halten, entstünden zahlreiche tariflich und so- zial regulierte Arbeitsplätze. Bahn und öffentlicher Personennahverkehr müs- sen ausgebaut und die Fahrpreise er-

heblich gesenkt werden. In einem Stufenplan streben wir den kostenfrei- en ÖPNV an, damit mehr und mehr Menschen auf klimafreundliche Mobi- litätsangebote umsteigen.

Strategische Unternehmen wie marktbestimmende Konzerne der Energie- und Wasserversorgung, Fluggesellschaften, das Gesundheits- system und andere systemrelevan- ten Wirtschaftszweige sollen auf Grundlage des Grundgesetzes schritt- weise in öffentliche Hand überführt werden. Beteiligungen des Bundes, um große Unternehmen zu retten, sollen aktiv genutzt werden, um den sozial-ökologischen Umbau voranzu- treiben. Wir fordern die Rekommun- alisierung der Energieerzeugung sowie die Einführung einer „Klimafol- genprüfung“ aller Gesetzesvorhaben in Bund, Land und Kommunen durch das Bundesumweltamt.

Um die Kommunen vor den wirt- schaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu schützen und Klimage- rechtigkeit zu verwirklichen, ist es unabdingbar, dass wir die kapitalisti- sche Produktionsweise mit ihrem Profit- und Wachstumszwang selbst in Frage stellen. Erst unter geänderten Produktions- und Eigentumsver- hältnissen kann die Ausbeutung von Mensch und Natur überwunden und ein gutes Leben für alle ermöglicht werden.

Sozialistische Ökologie mit Perspektiven für den ländlichen Raum

Hubertus Zdebek



Sozialistische Ökologie ist die Konse- quenz aus der Einsicht, dass wir den Klimawandel mit einer rein *techni- schen* Umrüstung der Produktion – etwa durch die Ersetzung fossiler Ener- gien durch erneuerbare Energien – nicht stoppen können. Die Muster- partei eines sogenannten *grünen Ka- pitalismus* – das ist wenig überran- schend – sind B90/Die Grünen. Sie werben für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft, wollen also ein ökolo- gisch modernisiertes Ludwig-Erhard- Land, in dem weiterhin die ‚unsicht-

bare Hand‘ des Marktes große Teile des Lebens der Menschen diktiert. Die Grünen verteidigen die beste- hende Ordnung, anstatt diese selbst als Ursache der Klimakrise zu erken- nen und radikal umzugestalten. Die herrschenden kapitalistischen *Pro- duktions- und Eigentumsverhältnis- se* stellen sie ebenso wenig in Frage wie alle anderen neoliberalen Partei- en. Im Gegenteil. Sie suchen das Bündnis mit den progressiveren Kapi- talfraktionen, die ja immerhin längst selbst erkannt haben, dass ihre Ge- schäftsgrundlagen flöten gehen, wenn in Sachen Klimaschutz über- haupt nichts passiert. Kein Wunder also, dass sich mittlerweile auch der BDI und führende Konzernmanager bestens mit einem grün geführten Kanzleramt anfreunden könnten. Grüne Klimaschutzpolitik legt sich zwar mit Kohlekonzernen, vielleicht sogar ein klein wenig mit Autokon- zernen, aber kein bisschen mit dem Kapitalismus insgesamt an. Während *Fridays for Future*, *Ende Gelände* und andere Akteure der Klimabewegung die Hoffnung auf einen Systemwech-

sel formulieren, liefern die Grünen lediglich eine Simulation desselben.

Dagegen muss *sozialistische Ökologie* konsequent antikapitalistisch Stellung beziehen. Ihr kann es weder um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland noch um das Aufsuchen neuer, vermeintlich ‚nachhaltiger‘ Profitquellen für die Konzerne gehen. Ebenso wenig darum, Deutschland als ‚Vorreiter‘ in Sachen Klimaschutz auf der Weltbühne zu positionieren. Der einzige Maßstab einer *sozialistischen Ökologie*, die ihren Namen auch verdient, besteht darin, die Ausbeutung von Mensch und Natur ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Das mag pathetisch und großspurig klingen, es bringt aber gar nichts, sich aus falsch verstandener Pragmatik dieser langfristigen Perspektive zu entledigen, mit der bereits die frühe Arbeiterbewegung ihre Hoffnungen verband.

Der Ausgangspunkt ist eindeutig. Ohne die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise lässt sich der Klimawandel maximal aufschieben, nicht aber wirksam stoppen. Die globale wechselseitige Konkurrenz der Unternehmen um kurzfristige Profite verlangt immer gigantischere Warenberge, immer kürzere Warenumschlagszeiten, immer höheren Ressourcenverbrauch – und das ganz unabhängig vom guten oder schlechten Willen der Einzelnen. Für die so-

zialistische Ökologie gibt es keine Versöhnung zwischen Profitmaximierung und Klimaschutz, mögen das Leute wie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) auch noch so oft behaupten, allein schon, weil ihr Job das von ihnen verlangt.

Sozialistische Ökologie gibt sich nicht zufrieden mit ein bisschen halberherziger Wachstumskritik, die dann letzten Endes zu einer Sache des individuellen Lebensstils und des moralisierenden Konsums hinabsinkt. Der Klimawandel ist nicht einfach von ‚dem Menschen‘ oder von ‚uns allen‘ verursacht. Die ökologische Frage besitzt vielmehr einen eminenten Klassencharakter. Unter den Folgen des Klimawandels leiden insbesondere die Besitzlosen des globalen Südens, aber auch die prekär Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner und die Abgehängten in den ländlichen Regionen in Deutschland. Zugleich profitieren die Reichen und die Konzerne bis heute vom Raubbau an der Natur. 100 Konzerne sind für weltweit zwei Drittel der CO₂-Emissionen seit Beginn der Industrialisierung verantwortlich. Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verfügen nicht nur über 90 Prozent des weltweiten Vermögens, sondern auf sie entfallen auch rund 50 Prozent der Emissionen. RWE und Co. haben jahrelang satte Milliardenprofite mit

der Verbrennung von Kohle verdient, Bayer-Monsanto kontrolliert mit seinen Patenten und den gigantischen Monokulturen den weltweiten Ernährungssektor, die Autokonzerne haben zugunsten von kurzfristigen Profiten die Entwicklung nachhaltiger Antriebsmodelle über Jahrzehnte verschleppt und nebenbei auch noch massiv im Zuge des Dieselskandals manipuliert.

Sozialistische Ökologie erkennt hierin ein wiederkehrendes Muster und verbindet die ökologische deshalb konsequent mit der sozialen Frage. Weder akzeptiert sie, dass der Klimawandel die Ärmsten der Armen am heftigsten trifft, noch unterstützt sie Klimaschutzmaßnahmen, die mit Nachteilen für die Arbeiterschaft und die sozial Schwachen einhergehen. Zugleich ist sie sich der engen Grenzen und Handlungsspielräume einer systemimmanenten Klimapolitik bewusst. Deshalb zielt sie auf eine Veränderung der Gesellschaft in ihrer Substanz.

Die ökonomische Basis der kapitalistischen Gesellschaft ist das Privateigentum an Produktionsmitteln, auf ihr beruht die Trennung von Kapital und Arbeit, die sich stets aufs Neue reproduziert. Nur weil es in Deutschland das klassische Industrieproletariat in seiner Gestalt der Nachkriegszeit nicht mehr gibt, heißt das noch

lange nicht, dass die fundamentale Klassenspaltung in Eigentümer und Lohnabhängige damit der Vergangenheit angehören würde. Nein, bis heute gelten die von Marx und Engels analysierten Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, die nicht nur erklärbar machen, wie sich Reichtum und Armut verteilen, sondern auch warum Umweltschutz systematisch scheitert, obwohl doch angeblich alle besten Willens sind, etwas gegen die Klimakrise zu tun. Die sozialistische Ökologie hat deshalb die technischen Veränderungen der gesellschaftlichen Produktion mit der Forderung nach Entmachtung der Konzerne und Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu verknüpfen. Die Demokratisierung der Gesellschaft darf nicht am Werkstor enden, sondern hat genau hier Einzug zu halten. Nur bei entsprechender Macht der Arbeiterschaft ist es möglich, dass sich das allgemeine Interesse an guten Arbeitsbedingungen und am Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gegen das private und kurzfristige Profitinteresse von Kapitaleignern durchsetzt.

Für einige Genossinnen und Genossen stellen die soziale und die ökologische Frage allerdings noch immer einen Gegensatz da, weil sie etwa denken, die Forderung nach einem schnelleren Kohleausstieg gefährde gut entlohnte Industriearbeitsplätze.



Sie übersehen dabei, dass es genau jetzt darum gehen müsste, im Bereich der erneuerbaren Energien gemeinsam mit den Gewerkschaften gute Arbeitsplätze für die Zukunft und womöglich auch alternative Eigentumsformen wie etwa Genossenschaften zu erkämpfen.

Würde die *sozialistische Ökologie* mit ihrer Betonung des Klassencharakters zur breit vertretenen Position unserer Partei, könnten wir damit tatsächlich ein echtes Alleinstellungsmerkmal für uns beanspruchen. Erstens wäre DIE LINKE die einzige Par-

tei, die öffentlich wahrnehmbar einen Ausweg aus dem scheinbar alternativen Kapitalismus aufzeigen würde, und zweitens könnte dieses langfristige Ziel Richtschnur und Korrektiv für unsere Bemühungen um konkrete Verbesserungen im Hier und Jetzt sein.

Noch gibt es innerhalb der Bevölkerung zwar auf absehbare Zeit keine Mehrheiten für konsequent antikapitalistische Positionen, das ändert aber nichts daran, dass nur eine *sozialistische Ökologie* die Ausbeutung von Mensch und Natur wirksam be-

enden kann, anstatt sie nur abzumildern oder in neue grüne Gewänder zu hüllen.

Ein gutes Leben für alle Menschen innerhalb der planetarischen Belastbarkeitsgrenzen ist möglich, doch dazu bedarf es der *gesellschaftlichen* (!) Kontrolle über alle Bereiche der Produktion, die bislang zu größten Teilen in privater Hand liegt. Die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes hat keinen allgemeinen Wohlstand erzeugt, sondern zahlreiche Kriege, Massenelend und eine Naturzerstörung beispiellosen Ausmaßes verursacht. Der radikale sozial-ökologische Systemwechsel ist dringend erforderlich.

Der ländliche Raum im Allgemeinen ist durch das Paradox gekennzeichnet, dass hier einerseits die Folgen der Naturzerstörung in Form von Waldsterben, Wasserknappheit, Bodenerosion, Verlust der Biodiversität und Missernten besonders augenfällig werden, und andererseits die politische Landkarte dennoch oftmals konservativ geprägt ist. Für eine *sozialistische Ökologie* ist hier also noch viel Aufbauarbeit zu leisten. Dennoch ist die Liste umweltpolitischer Proteste im ländlichen Raum bemerkenswert, ich verweise nur auf die jahrzehntelangen Kämpfe der Anti-atom-Bewegung in NRW, die vielen Anti-Fracking-Initiativen in den letzten Jahren oder auch die Antikohle-

proteste rings um Garzweiler in Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir spezieller über den ländlichen Raum in NRW reden, dann ist natürlich die Landwirtschaft weiterhin ein entscheidender Faktor. Das Fleisch kommt überwiegend aus hochspezialisierten Mastbetrieben mit Massentierhaltung. Monokulturen prägen die Landschaft, massives Höfe-Sterben bestimmt das Alltagsleben in vielen nordrhein-westfälischen Dörfern und Kleinstädten. Aufgrund der intensiven industriellen Landwirtschaft sind die Böden massiv überdüngt, was nicht zuletzt zu Belastungen des Grundwassers führt. In kaum einem Bundesland wäre die *Agrarwende* also dringender nötig, zugleich gibt es starke Proteste der Bauernverbände gegen schärfere Umweltauflagen.

Eine *sozialistische Ökologie*, die im Hier und Jetzt für Verbesserungen kämpft, muss die Sorgen insbesondere der kleinen Landwirte ernstnehmen und kluge Antworten auf die komplexen Interessenslagen geben. Wir wollen vor allem die Macht der kapitalistischen Agrarkonzerne brechen, die aggressive Exportstrategie in der Agrarpolitik von Bund und Ländern beenden und regionale Versorgungskreisläufe stärken. Wir wollen Bodeneigentum für regional verantwortliche Landwirtschaftsbetriebe und

die ländliche Bevölkerung sichern. Die Bäuerinnen und Bauern brauchen zudem Erzeugerpreise, die ein Mindesteinkommen sichern. Vor allem wollen wir die industrielle Massentierhaltung beenden, und zwar im Interesse von Mensch *und* Tier.

Aktuell machen die Sorgen um die Afrikanische Schweinepest die große Seuchengefahr in Betrieben mit tausenden eng zusammengepferchten Tieren deutlich. Ganz zu schweigen von den Zuständen in Schlachthöfen, die sich im Zuge der Corona-Pandemie regelmäßig zu Corona-Hotspots entwickelt haben.

Verkehrswende in NRW

In einem Flächenland wie NRW spielt aus ökologischer Perspektive neben der Agrar- insbesondere die Verkehrs-

wende eine entscheidende Rolle. In diesem Sektor klaffen die größten Lücken bei den CO₂-Reduktionszielen der Bundesregierung. Laut Klimabericht 2019 sind die Emissionen im Verkehrsbereich sogar noch weiter gestiegen. In NRW muss vor allem der ÖPNV massiv ausgebaut und so schnell wie möglich ticketfrei und umlagefinanziert gestaltet werden. Neben den klimaschützenden Wirkungen würde damit die Mobilität der ländlichen Bevölkerung und insbesondere der sozial schwachen und älteren Menschen erheblich erhöht. Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land ist dies dringend geboten. Zugleich kann der ländliche Raum nicht auf

den Individualverkehr verzichten. Ökologische Fortschritte sind auch hier nur mit antikapitalistischer Stoßrichtung möglich, denn Bundes- und Landesregierung pflegen traditionell enge Kontakte zu den Autokonzernen. Bislang gibt es aber weder eine beschleunigte Abkehr vom Verbrennungsmotor noch eine umfassende Aufarbeitung des Abgasskandals. Die Lehre daraus muss sein, dass eine konsequente Verkehrswende nur dann gelingen kann, wenn die Macht der Autokonzerne gebrochen wird.

Für den Energiebereich lässt sich feststellen, dass das 2020 mit Koalitionsmehrheit beschlossene Kohleausstiegsgesetz die Konzerne begünstigt und zur Einhaltung des völkerrechtlich verbindlichen Pariser Abkommens durch die Bundesrepublik Deutschland völlig unzureichend ist. Die künftige Aufgabe besteht darin, die anstehenden Proteste gegen die Zerstörung von Dörfern im Rheinischen Braunkohlerevier, die Proteste von *Friday for Future* und *Ende Gelände* solidarisch zu unterstützen und die Verbindung von ökologischer und sozialer Politik sowohl im Parlament wie auch auf der Straße zu stärken

Sozialistische Ökologie beinhaltet selbstverständlich eine Absage an Fracking als enorm risikobehaftete Technik für Klima und Gesundheit. Der

Druck der Anti-Fracking-Bewegung zwang die GroKo, Fracking im Schiefergestein vorläufig zu untersagen. Doch Konzerne wie ExxonMobil und Wintershall scharren in NRW mit den Hufen, um das Fracking-Verbot bei seiner Überprüfung durch den Bundestag in diesem Jahr zu kippen. Als LINKE sind wir nicht nur für ein Fracking-Verbot ohne Ausnahmen, sondern auch gegen den Bau von LNG-Terminals an der Nordseeküste. Ambitionierte Klimapolitik braucht keinen Ausbau der fossilen Infrastruktur, sondern der erneuerbaren Energien. Sachlich sollte das selbstverständlich sein, wird aber durch die Profitinteressen der Konzerne permanent durchkreuzt.

Und schließlich gehört im Sinne eines konsequenten Atomausstiegs auch die Urananreicherungsanlage in Gronau geschlossen. In den Bereichen Kohle- und Atomausstieg sowie Fracking besteht inzwischen eine recht gute Vernetzung mit den NRW-Umweltgruppen; zugleich besteht sicherlich noch weiteres Vernetzungspotenzial zu den örtlichen linken Kreisverbänden.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Sprechfähigkeit unserer Partei in Sachen Umwelt- und Klimapolitik in den letzten Jahren auch in den Landesverbänden deutlich gestiegen ist. Sie





bleibt allerdings ausbaufähig. Gerade in ländlichen und zugleich industriell geprägten Regionen brauchen wir eine stärkere Annäherung an das Thema Ökologie. Es ist insbesondere Aufgabe der LINKEN, eine Scharnierfunktion zwischen Arbeits- und Klimakämpfen zu bilden, Proteste miteinander zu verbinden und den Scheinwiderspruch zwischen Arbeitsplatzsicherung und Energiewende endlich aufzuheben. Der ländliche Raum macht die Folgen des Klimawandels besonders stark sichtbar. Zugleich ist er durch gravierende Strukturwandelprozesse und den Abbau gesundheitlicher und kultureller Infrastruktur geprägt. DIE LINKE könnte und sollte diesen komplexen Problemlagen mit einer antikapitalistischen Vision *sozia-*

listischer Ökologie begegnen, die den Menschen einen Ausweg aus dem Einerlei neoliberaler Reformpolitik aufzeigt und sie zugleich zu eigenständigem Handeln und Engagement anregt.

Gerade auf dem Land ist DIE LINKE in der Rolle einer Kümmererpartei, ebenso sollte es uns um den Aufbau und die Unterstützung von Arbeits- und Klimakämpfen von unten gehen. Eines Tages entwickeln sie sich auf diese Weise dann womöglich zu einer eigenständigen gesellschaftlichen Bewegung mit Massenbasis, so dass die Stunde der „Expropriation der Expropriateure“ (Marx) schlägt und mit der umfassenden Befreiung von Mensch und Natur endet.

Ob grün, ob grau:



**Der Kapitalismus
küllt die Umwelt.**

DIE LINKE.